

Rote Armee Fraktion

2. November 1993

Antwort auf die Spaltungserklärung vom 28.10.93

An die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben.

Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu »verdealen«. Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, an die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflektion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das Neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß.

Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben, ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken: »Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirk-

lichkeit umfassend zu begreifen ..., denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisation neu beantwortet werden.«

Wir sagen ausdrücklich: Die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis führen wollten – in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt – standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen. Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6.93 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existenziellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/RAF, trotz des von einigen von euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von euch wollten wir nicht, obwohl einige von euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der »Steinmetzchen Einheit«, »dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen« bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten »einen Platz im Reich« gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzuspochen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach '89 für eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß ihr nicht mehr in der Lage wäret, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen – dem deutschen Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um '90 rum, als in Texten von euch von »Freunden der Vernunft« die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen »durch Zufall«.

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es euch auch um eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für euch, für uns wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen euch nicht, daß es euch um den Deal mit dem Staat und den »Platz im Reich« ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken – die Illegalen eingeschlossen – kam auch von euch. Von einigen von euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht »rechtzeitig« einsehen wollten. Selbstverständlich hattet ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von euch gehörte auch, daß wir eine Erklärung abgeben: daß die RAF den bewaffneten Kampf einstellt. Damals hieß es: Ansonsten ist jeder Gedanke an die Freiheit der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der Staat »Danke« sagen und sonst nichts – was dann komme, wisse niemand. Das war allerdings nie unsere Vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind,

daß wir nur in einem Kampfprozeß neue Ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer Zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische Vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung und der Sprengung des Weiterstädter Knastes hätten wir »die bewaffnete Aktion zur Ware gemacht«. Sind eurer Meinung nach Aktionen nur zur Begriffsbildung zulässig? Nur abstrakte Politik? Ohne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist es eurer Meinung nach verwerflich, mit Aktionen Druck gegen den Staat auszuüben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete Aktion in ihrem politischen Inhalt stimmen muß, um Druck auf den Staat für eine Entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das ihr zu revolutionärer Politik und zur bewaffneten Intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot wie es uns vollkommen fremd ist und wie wir es von Kämpfenden auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn ihr die Lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die Aktion gegen den Weiterstädter Knast unpolitisch nennt, muß einen Knall haben. Ihr solltet mal INHALTLICH Begründen, wieso ihr mit einer Intervention nichts anfangen könnt, die einen Knast zerstört, der ein in Beton gegossenes Spiegelbild der Entwicklung ist, wie sie die Herrschenden anpeilen und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein Projekt, das für den militärischen Umgang des Staates mit den sich forcierenden Widersprüchen in dieser Metropolengesellschaft steht; gegen ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung menschlicher Identität steht. Das Wesen dieses Projekts und die Beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer Absicht verbunden, Druck gegen den Staat für eure Freiheit zu entwickeln. Wir wissen allerdings, daß es welche unter euch gibt, die schon damals diese Aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der Tatsache, daß viele Menschen – auch hier – damit etwas verbinden können. Denn das ist für euch Ausdruck von »Entpolitisierung und Anpassung«, wenn wir vielen aus dem Herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23 Jahren bewaffneten Kampfes, aus der Entwicklung der Konfrontation Befreiung/Kapital ist, ist nur noch flache Polemik. Mit inhaltlicher, also auch politischer Auseinandersetzung und Kritik hat das nichts zu tun. Schon '77 ging es auch darum, einen Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt. Schon damals alles zur Ware verkommen? Natürlich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Versuch damals seine Berechtigung ausschließlich aus der zentralen Perspektive der internationalen revolutionären Bewegung hatte.

Im Fernsehinterview hast du, Irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen Stellen angeboten habt, nicht in die BRD zurückzukehren, sondern im Exil weiter politisch zu kämpfen. Von anderen aus eurem Kreis wissen wir, daß es für die gesamte Gruppe, d.h. auch für die Illegalen, darum gegangen wäre, nach der Befreiung der Gefan-

genen überhaupt neu herauszufinden, wie der Kampf weiter zu entwickeln ist. Alles sei offen gewesen, auch, wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. Das wäre auch in der jüngeren Vergangenheit für den gesamten politischen Zusammenhang RAF/Gefangene am besten gewesen. Wir wissen, daß die meisten von euch das nicht anders gedacht haben. Umso schlimmer, daß ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht und von Deal quatscht.

»Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können ...« (aus einem Brief von Brigitte, Frühjahr '93). Wenn ihr denkt, daß die Existenz der RAF eurer Freiheit entgegensteht, und ihr mit der Erklärung vom 28.10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben – dann solltet ihr das auch so offen sagen. Anstatt so zu tun, als wäret ihr die Gralshüter der Option des bewaffneten Kampfes oder der revolutionären Intervention in der Metropole; und könntet den Trennungsstrich zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt und als Opfer der angeblich verräterischen Machenschaften von uns, Birgit und den Celler Gefangenen. Wenn ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet ihr solche Schweinereien nicht nötig. Und ihr könnt es euch auch sparen, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktionen auf uns zu projizieren, das aus der Gruselkammer kapitalistischer Warenwelt kommt und von dem IHR euch mal in eurer gesamten Politik befreien solltet: »Wenn sie (RAF) jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation – dann tragen wir das nicht mit« (Eva). Als wäre es unser Problem gewesen, daß wir was HABEN/BESITZEN wollten für uns. In dem Stil, die RAF – mordlüstern wie sie ist – braucht die Gefangenen, weil – unpolitisch wie sie ist – ihr sonst zur Entwicklung nichts einfällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren Inhalt für euch zerstört ist: eure Kämpfe, die ihr in der RAF oder später als Gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. Für alle hier hatten sie eine Bedeutung in der eigenen Geschichte. Daraus ist ein Vertrauen in euch, die GenossInnen im Knast, lebendig gewesen. Eine Verbundenheit auch daraus, die gleiche existenzielle Lebensentscheidung für den Kampf um Befreiung getroffen zu haben, und die Vorstellung, dies sei eine Basis dafür, auch an unterschiedlichen Orten und in der sich immer verändernden äußeren Situation zu politischem Einverständnis über den Weg kommen zu können. Doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher Prozeß möglich, der Offenheit und Respekt zueinander voraussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von euch schon lange zerstört. Wir denken heute, daß es eine Illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen Zusammenhang, in dem die Grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen Machtapparat wie den BRD-Staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung zu allem, womit einige von euch gegen uns – wo sie nur konnten – gearbeitet haben, nicht öffentlich Stellung zu beziehen, war falsch. Wir haben auf die falsche Hoffnung gesetzt, die Widersprüche könnten sich

im Kampfprozeß auflösen. Sie basierte auf einer falschen Rücksichtnahme auf euch als Gefangene in der Isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose Schlammschlacht zu geraten.

Brigitte, deine Unterstellung in dieser Erklärung, unser Verhältnis zu euch sei gewesen »frieß oder stirb ...« sagt viel über dich/euch, nicht über uns. Da, wo die Anschuldigung die Beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche Nähe du oder ihr zu solchen Verhältnissen hast/habt. Das ist uns schon im vergangenen Jahr schmerzlich deutlich geworden. Wir kennen diese ganzen Sprüche zur Genüge: Wenn wir an Kritik und Selbstkritik – was ihr Opportunismus und Entpolitisierung nennt – festhalten würden, dann werdet ihr uns »als Typen vom Tisch fegen«, uns und andere »links überholen«. Alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der RAF in die Auseinandersetzung gebracht wurde, »interessieren dann nicht mehr«. Das seid ihr.

Das war der Schwerpunkt eurer Anstrengung im letzten Jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. Und die Methoden, die ihr dabei benutzt, solltet ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt darauf gebaut, daß es in der Linken schon seine Wirkung hat, wenn die Denunziation nur oft genug wiederholt wird.

Ihr seid im gesamten vergangenen Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns nicht INHALTLICH eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen Diskussionen geführt hätte. Stattdessen habt ihr unsere gesamte Anstrengung mit eurer kleinbürgerlichen Konkurrenzscheiße und eurem Besitzverhältnis zur RAF und revolutionärer Politik in der BRD überzogen. Für manche von euch war es ausreichend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur Beantwortung der Fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden Situation hier wie international stellen.

Auch ihr hattet von einer Zäsur gesprochen, was das allerdings für euch bedeuten sollte, dazu gibt es von euch bis heute nichts Substantielles. Für uns war es aus unserem Prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven Verhältnis von Kritik und Selbstkritik zu kommen. Für die Kämpfenden auf der ganzen Welt ist das eine Lebensader – für einige von euch ist das wie das Wasser für das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen Genossen in Celle, in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre einen eigenen Kopf behalten haben.

Mit Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »Anpassung« schützt ihr euch schon seit 1 1/2 Jahren vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fixierten Arbeit der letzten 1 1/2 Jahre mit Verantwortung daran, daß sich einige Teile der radikalen Linken mit einer »RAF-Debatte« selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie ihr sie ins Leben gerufen habt. Die Rücknahme des bewaffneten Kampfes der RAF (die ihr auch wolltet!), sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich dabei auf Briefe von euch, da können sie euch wohl kaum verstanden haben. Das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von

Vergewaltigungen. (Auch welche, die sich auf euch beziehen.) Sie begreifen die alte Konzeption der RAF als zeitlose Antwort, wobei das Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demonstration der Begriffslosigkeit sowohl des 23jährigen Kampfs der RAF und ihrer früheren Konzeption als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger »reformistisch« sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des Alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: »entpolitisiert«, »den Internationalismus fallengelassen«, »wir würden die Geschichte abwickeln« und mit dem VS – wahlweise – entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen und würden für unser Wohl und den »Platz im Reich« opportunistisch Inhalte aufgeben und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen »nun schauen, welche Fraktion sich »durchsetzt« wie die RAF sagt.« Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: »Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein.«

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampten Festhalten an der Diskussion um die »zwei Fraktionen im Apparat«, obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im »konkret«-Interview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die Genossinnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während ihr immer wieder die »Situationsdebatte« statt »RAF-Debatte« gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet ihr euch an eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangenengruppe darin SOLIDARISCHER KERN IST und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom

Kräfteverhältnis RAF/Staat. Das konntet ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nicht mal hat euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das ihr in euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß ihr es fertigbringt, mit euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen – ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde – ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für eure Freiheit von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen stattdessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

WIR HALTEN ES FÜR NOTWENDIG, MIT DIESER HINTERLASSENSCHAFT EINEN BEWUSSTEN BRUCH ZU MACHEN!

Wir sagen euch, daß diese »ganz neue Entscheidung«, von der ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrllichkeit euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, »daß revolutionäre Politik hier ... wieder Fuß fassen können wird«.

Wir fordern euch auf – und das ist uns sehr ernst –, jetzt einen Moment innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn ihr dabei über euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß euch das unser Brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht! Vielleicht ist dies – wenn überhaupt – die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an euch.